

**Protokoll der WB-Veranstaltung am 14. Februar 2013 zum Thema:**  
**Vergabe von Konzessionen im öffentlichen Dienstleistungsbereich -**  
**Mögliche Auswirkungen auf unsere Wasserversorgung in Fürth**

Dieses Protokoll wird per Email an die Mitglieder des Fürther Wasserbündnisses und an die Teilnehmer verschickt, die ihre Email-Adressen beim Treffen angegeben haben.

○ **Anwesende:**

Einschließlich der Mitglieder unseres Bündnisses waren mehr als 40 Personen gekommen. Außer Waltraud Galaske und Harald Riedel von den Grünen und Ulrich Schönweiß von der Linken waren keine anderen Stadträtinnen oder Stadträte anwesend. Brigitte Dittrich war verhindert und hatte sich entschuldigt. Besonders begrüßenswert war die aktive Teilnahme von Hans Parthemüller, dem Geschäftsführer der infra-fürth gmbh, weil auf diese Weise Informationen zur infra und unserer Wasserversorgung aus erster Hand zur Verfügung standen und seine persönlichen Vorstellungen zur Sache klar wurden. Vertreter der Fürther Nachrichten und von Radio Z waren ebenfalls anwesend.

○ **Ablauf**

Zur Vorab-Info gab es das Interview von Harald Nehr bei Radio Z mit Peter Lefrank:

[http://zappa.radio-z.net/media/audio/Fuerther\\_Wasserb-2013-01-31.MP3](http://zappa.radio-z.net/media/audio/Fuerther_Wasserb-2013-01-31.MP3).

Anschließend wurden von den Bündnissprechern das Europäische Bürgerbegehren „Wasser ist Menschenrecht“ und der Beschluss des EU-Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) vom 24. Januar 2013 zur Vergabe von Konzessionen im öffentlichen Dienstleistungsbereich vorgestellt.

**Zusammenfassung:**

Die Ziele des Begehrens und des Beschlusses sind direkt entgegengesetzt. Das Bürgerbegehren will für die Wasserversorgung anstelle des marktwirtschaftlichen Modells die Einführung eines auf Rechten basierenden Modells erreichen. Der IMCO-Beschluss zielt auf die Öffnung des lukrativen Wassermarktes für die privaten Wasserkonzerne. Es ist zu befürchten, dass das Bürgerbegehren durch den IMCO-Beschluss unterlaufen wird. Vom Binnenmarktkommissar, Michel Barnier, wird das abgewiegelt, es bestehe kein Zwang für alle Kommunen. Er gibt aber zu, dass Konzessionen in 3 Fällen europaweit ausgeschrieben werden müssen. Bei einer Auftragshöhe von mehr als 8 Millionen €. Von Versorgungsunternehmen, die nicht zu 100% in kommunalem Besitz sind. Und für Wasserversorger mit mehr als 20% ihres Wassergeschäfts außerhalb der eigenen Kommune. Für Wasserversorger mit einer alleinigen Beteiligung der öffentlichen Hand ist die Anwendung der Richtlinie aber ausgeschlossen.

Der IMCO-Beschluss bedeutet zwangsläufig, dass die Konzession für die Fürther Wasserversorgung in Zukunft europaweit ausgeschrieben werden müsste. Damit könnte sie in die Hände von Konzernen wie Nestlé oder Veolia fallen. Fürth kann sich aber davor schützen, indem die Wassersparte durch die Stadt aus dem Versorgungsbereich der privatrechtlichen

infra-fürth-gmbh gelöst und zu einem kommunalrechtlichen Versorgungsbetrieb rekommunalisiert wird. Für Wasserversorger mit einer alleinigen Beteiligung der öffentlichen Hand ist die Anwendung der Richtlinie ja eindeutig ausgeschlossen.

Das Wasserbündnis ist der Ansicht, dass die Fürther Wasserversorgung in Zukunft nicht in die Hände von Investoren fallen darf, deren vorrangiges Interesse der Profit ist. Das Bündnis will keine Zeit verschwenden oder hoffen, dass die Richtlinie vielleicht im Europaparlament zu Fall gebracht wird. Deswegen fordert es den Stadtrat zur Rekommunalisierung der Fürther Wasserversorgung auf. Das Bündnis beabsichtigt derzeit noch nicht, diese Aufforderung mithilfe eines Bürgerbegehrens durchzusetzen, ist aber dazu bereit, wenn es nötig werden sollte. Der Text der Aufforderung wurde ausführlich diskutiert. Er fand allgemeine Zustimmung und wurde mit einigen Änderungen ohne Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Die Endversion liegt dem Protokoll bei.

#### o **Diskussion**

Zusammenfassung der ausführlicheren Beiträge:

- o Herr Partheimüller bestätigt, dass die vorgetragene Aussagen nicht falsch seien. Auch er sei entsetzt über das Verhalten von Veolia in Berlin. Dafür habe er keine Erklärung. Aber bislang läge noch keine endgültige Richtlinie vor. Mehrheitlich kommunale Wasserversorger könnten noch ausgenommen werden. Auch können Verordnungen immer geändert werden. Beispiel ÖPNV. Die infra sei ein zuverlässiger Versorger von gutem Wasser mit hervorragendem Betriebssystem und stimmenden Zahlen, auf die er stolz sei. In Fürth habe die Kommune die Versorgung mehrheitlich im Griff, und e-on sei kommunalfreundlich. Den Preis für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung schätze er auf 5-8 Millionen €. Geld, das die Stadt und auch die infra nicht haben. Außerdem sähe er den Verlust von Synergieeffekten bei der Auslagerung der Wassersparte. Allerdings wolle auch er nicht bis 2020 warten, warne aber vor Schnellschüssen. Wasser müsse aber unter kommunaler Herrschaft bleiben.
- o Hans-Stefan Schuber, OV-Vorsitzender von verdi, sieht die akute Gefahr für unsere Wasserversorgung durch private Konzerne. Er verweist auf die Kampagne „Öffentlich ist wesentlich“. Er unterstützt die Aufforderung des Wasserbündnisses an den Stadtrat und spricht sich ausdrücklich für die Rekommunalisierung aus. Gewinne aus der Wasserversorgung gingen dann vollständig an die Stadt und nicht an e-on. Die Synergieeffekte mit der infra müssten nicht verloren gehen, sondern könnten auch in Zukunft genutzt werden. Außerdem könne ein kommunaler Eigenbetrieb den Vorteil haben, von der Umsatzsteuer befreit zu sein. Das käme allen Nutzern zugute.
- o Reinhard Scheuerlein, Vorsitzender des Bund Naturschutz - Kreisgruppe Fürth-Stadt, verweist darauf, dass zur Wassersparte der infra nicht nur Rohre sondern auch viele Grundstücke gehören. Diese könnten in kommunaler Hand leichter vor Spekulanten geschützt und ihre umweltgerechte Verwendung besser gesichert werden. Er begrüßt die Initiative des Wasserbündnisses zur Rekommunalisierung und unterstützt die Aufforderung dazu an den Stadtrat.
- o Uli Schönweiß unterstützt das Europäische Bürgerbegehren, verlangt aber darüber hinaus die Fürther Trinkwasserversorgung vollständig in kommunale Hand zurück zu führen. Wenn dort Gewinne gemacht werden können, seien sie besser bei der Stadt aufgehoben. Das

müsse, wenn nötig, über ein Fürther Bürgerbegehren durchgesetzt werden. Beim Abwasser sei das schon zum Wohle der Menschen in Fürth gelungen.

- Harald Riedel ist ebenfalls der Ansicht, dass Wasser kommunal bleiben muss. Ansonsten schließt er sich den Argumenten von Herrn Parthemüller an. Der Beschluss des IMCO sei gerade 4 Wochen alt. Wir hätten 6-7 Jahre Zeit, und er wolle die Ergebnisse des Prüfungsauftrags abwarten und zuerst die Fakten wissen. Deswegen enthält er sich bei der Aufforderung an den Stadtrat zur Rekommunalisierung der Stimme.
- Waltraud Galaske ist grundsätzlich für das Europäische Bürgerbegehren. Für Fürth möchte aber auch sie zuerst die Zahlen. Man sei noch im Dialog mit OB und infra.
- Die Bündnissprecher verweisen auf die schon vorliegenden Abstimmungsergebnisse des Europäischen Bürgerbegehrens. Obwohl die erforderliche Stimmenzahl von einer Million schon weit überschritten ist, haben nur Deutschland, Österreich und Belgien das Landesquorum erreicht. Es sind aber 7 Länder nötig. Die Chancen, dass genügend andere Länder das Quorum erreichen, sind gering. Nicht nur deswegen sei es unwahrscheinlich, dass der IMCO-Beschluss im Europaparlament zu Fall gebracht wird. Vor allem aber würden die Menschen, mit denen das Wasserbündnis schon jetzt in Fürth gesprochen habe, die Rekommunalisierung befürworten. Es ginge ihnen um unser Gemeinwohl und nicht um betriebswirtschaftliche Rentabilitätslogik.

Für die Stadtratssitzung am Mittwoch, den 20. Februar lägen zum Thema der Wasserversorgung bislang Anträge von der CSU, den Grünen und der Linken sowie eine Presse -Information des Oberbürgermeisters vor. Die Anträge der CSU und der Grünen gingen in ähnliche Richtung. Sie riefen lediglich dazu auf, das Europäische Bürgerbegehren zu unterstützen oder eine Resolution an die EU gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung zu verfassen. Damit seien diese Anträge von der Wirklichkeit überholt worden. Der OB wolle bereits die Rekommunalisierung prüfen lassen, und Ulrich Schönweiß habe beantragt, schon jetzt die Wasserversorgung vollständig in kommunale Hand zurück zu führen. Das sei die sichere Lösung.

- **Beschlüsse**

Aufforderung an den Stadtrat durch das Fürther Wasserbündnis zur Rekommunalisierung der Fürther Wasserversorgung

Siehe Anlage.

- **Spendensammlung „Water Makes Money“**

Der Prozess des Konzerns Veolia gegen die Macher des Films „Water Makes Money“ hat in Paris begonnen. Das bedeutet hohe Prozesskosten. Unsere Sammlung dafür während des Treffens hat 91,20 € eingebracht. Wir haben den Betrag auf das Spendenkonto überwiesen.

Peter A. Lefrank und Günther Zeuner